

Pressemitteilung der Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V. zur Entnahmegenehmigung für Schermbecker Wölfin (GW 954f)



www.gzsdw.de
20. Dezember 2023

Abschuss setzt einen Teufelskreis in Gang, der keinem Weidetier nutzt

- GzSdW kritisiert Abschussgenehmigung für Schermbecker Wölfin: Fatales Signal an Weidetierhalterinnen und -halter
- Nur mit Transparenz, Beratung und Unterstützung für Herdenschutz ist allen geholfen

Wie erwartet hat heute der Kreis Wesel die Abschussgenehmigung für die Schermbecker Wölfin erteilt. Sollte die Wölfin tatsächlich getötet werden droht die Auslöschung der lokalen Population im Bereich Niederrhein/Westmünsterland.

Wirksamer Herdenschutz: ohne Abschüsse, mit Förderung und Vorbildern

Aus Sicht der Gesellschaft zum Schutz der Wölfe (GzSdW) sendet diese Abschussgenehmigung ein fatales Signal. Abgesehen davon, dass Wölfe in der Region genügend Möglichkeiten haben, an schlechtem Herdenschutz das Überwinden von Zäunen zu lernen, birgt die Genehmigung die Gefahr, dass Weidetierhalterinnen und -halter sich in Zukunft auf Abschüsse verlassen.

Auch in Zukunft werden Wölfe in diesem Gebiet am mangelnden Herdenschutz lernen, dass Zäune überwindbar sind. „Ein Teufelskreis, der den Weidetieren und den Wölfen nichts nutzt und den wir durchbrechen wollen“, sagt GzSdW-Vorsitzende Nicole Kronauer aus Essen. „Das geht nur mit entsprechendem Herdenschutz durch Weidetierhalterinnen und -halter. Diejenigen mit gut ausgebautem Herdenschutz können dabei Vorbild und Kooperationspartner für alle anderen sein.“

Rechtmäßigkeit der Abschussgenehmigung ist fraglich

Dazu Nicole Kronauer: „Auch mit Blick auf die Beschlüsse der Umweltministerkonferenz von Anfang Dezember werden wir die Landesverordnungen und mit ihnen begründete Abschussgenehmigungen sehr genau prüfen, im Einzelfall auch gerichtlich. Der Vorrang des alternativen Herdenschutzes darf kein reines Lippenbekenntnis der Politik bleiben.“ Der Ausgang einer juristischen Überprüfung des Falls von GW954f bleibt abzuwarten.

GzSdW fordert von Regionalpolitik mehr Transparenz und Unterstützung

Von den politisch Verantwortlichen der Region fordert die GzSdW, durch folgende Punkte wirksamen Herdenschutz zu fördern:

Transparenz des Geschehens: Herdenschutz-Qualität muss bei jedem Nutztierriß nachvollziehbar dokumentiert und öffentlich ausgewiesen werden!

Aktive Ansprache und Kontrolle: Beratungskonzepte für Kleinstbetriebe müssen entwickelt werden. In Betrieben, die bereits Risse hatten, muss die Unterstützung der Halterinnen und Halter ausgeweitet werden!

Übernahme auch der Unterhaltskosten: Aufwendungen für die Anschaffung, den Unterhalt und den Zeitaufwand für Herdenschutz müssen gefördert werden.

Ausweitung der Förderkulisse auf ganz NRW: Nur so wird man der über weite Strecken wandernden Tierart gerecht.

Kontakt:

Nicole Kronauer, Nieberdingstr. 23, 45147 Essen

0201/780672; nicole.kronauer@gzsdw.de